

Leitartikel



von
Reinhard
Göweil

Die Gesellschaft Jesu

Kindes-Missbrauch in globalem Stil; Mafia-Kontakte, ebenso international; eitle Machtkämpfe zwischen Opus Dei und anderen Gemeinschaften; Pius-Brüder, die den Holocaust leugnen; eine Vielzahl von Gebetsgemeinschaften – die einen idealistisch, andere korrupt und fundamentalistisch. In Europa und den USA eine Stütze des Establishments, in Lateinamerika und Afrika lange Stütze für ekelhafte Militärjuntas, zuletzt oft letzte Zuflucht für die ärmsten der Welt. Die katholische Kirche hat vieles gutzumachen, und vieles aufzuholen.

Der neue Papst, ein 76jähriger Jesuit, der sich Franziskus nennen wird, hat dies offenkundig vor – sonst hätte er sich diesen Namen nicht gewählt. Aus theologischer Sicht wird er wohl wenig bewegen, seine brüsk ablehnende Stellungnahme zur Gleichstellung homosexueller Paare aus dem Jahr 2010 wird heute wohl nicht anders sein.

Für die soziale Entwicklung wird er fortschrittlich sein, er kennt aus Argentinien die Auswüchse eines brutalen Kapitalismus – und hat sich auf die Seite der Armen gestellt.

Vom Blickbefund her ist er für die römische Kurie der Hecht im Karpfenteich. Jorge Mario Bergoglio ist Jesuit, und leitete den Orden in Argentinien viele Jahre. Jesuiten sind per definitionem weltgewandt, und mit einer gewisser Durchsetzungskraft ausgestattet. Jesuiten-Schüler können ein Lied davon singen. Und der Orden ist auch in weltlichen Ausformungen erfolgreich – er kann mit Geld umgehen.

Für die Kurie und vor allem deren ungeheuerlichen Machenschaften rund um die Vatikan-Bank ist das ein deutliches Signal. Ob der neue Papst die Bank schließt ist offen, aber sie wird wenigstens einer Aufsicht unterstellt, die den Namen verdient. Das bedeutet auch schmerzhaftes Aufbereitung und Prozesse, die sich nicht aufs Jüngste Gericht beschränken.

Der 76jährige hat aber eine Achillesferse, die er – wenn er klug ist – rasch bedeckt: Seine Rolle als Leiter des Jesuitenordens in der Zeit der argentinischen Militärjunta. Während in Chile Ordensbrüder durchaus gegen die Junta operierten, zeichnete sich die katholische Kirche in Argentinien durch ausdrückliche Unterstützung aus. Was Herr Bergoglio in dieser Zeit gemacht hat, das sollte er der Welt bald kundtun. Sonst bekommt der schöne Name „Franziskus“ bald unschöne Kratzer.

leitartikel@wienerzeitung.at

Zwei Päpste - gar nicht so weit voneinander entfernt



Karikatur: „Wiener Zeitung“/Daniel Jokesch

Zitate zum Tag

„Die Zusammenarbeit ist über weite Strecken sehr okay. Ja natürlich, der Honeymoon ist vorüber, und die Mühen des Alltags sind erreicht, aber da funktioniert es sehr gut.“

Wiens Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) über die rot-grüne Stadtregierung

„Ich glaube, dass es uns ganz gut gelungen ist, im Wohnzimmer zu diskutieren und nicht am Balkon.“

Derselbe über die Vermeidung öffentlicher Streitigkeiten

„Auch diese zweite Online-Welle dient nicht in erster Linie zur Erhöhung der Kundenfreundlichkeit, sondern zielt darauf, Kosten zu sparen.“

Andreas Oehler, Bankenforscher an der Universität Bamberg, über das Online-Banking

„Wir haben vor etwa zehn Jahren schon einmal die gleiche Entwicklung gehabt: hin zur Selbstbedienungsfiliale und zum Online-Banking. Die Kunden reagieren aber auf das breite Angebot nicht im Sinne der Banken: Der Trend geht zur Mehrfachbankverbindung, es gibt keine klare Hauptbankverbindung mehr, die Kunden sind jetzt flexibler.“

Derselbe

„So viel Schnee im Monat März fiel in Moskau zuletzt vor etwa 50 Jahren.“

Vizebürgermeister Pjotr Birjukow

„Und jetzt? In Merthyr Tydfil werden Hai-Ringer nicht gerade gesucht.“

Paul Marshallsea (62) aus Wales hat im Australien-Urlaub Kinder filmreif vor einem Hai gerettet – und wurde daheim gefeuert, weil er offiziell im Krankenstand war

„De facto ist Italien doch schon aus dem Euro raus.“

Beppe Grillo, Chef der Bewegung „Fünf Sterne“

„Die nordeuropäischen Staaten werden Italien doch nur so lange halten, bis sie die Investitionen ihrer Banken in italienische Staatsanleihen hereingeht haben. Danach werden sie uns fallen lassen wie eine heiße Kartoffel.“

Derselbe

„Ich betrachte die Landwirtschaft als jahrtausendealtes, kulturelles Menschheitserbe, das heute durch die Interessen von Wirtschaft und Konzernen gefährdet ist. Sehr oft höre ich die Frage: ‚Was kann man überhaupt noch kaufen?‘“

Clemens G. Arvay, Agrarbiologe und Sachbuchautor

Gastkommentar von Martin Heintel

Klagen und Jammern – die Politik für ländliche Räume

Es gibt nicht „den“ ländlichen Raum in Österreich, deshalb bedarf es auch unterschiedlicher Zugangsebenen und vielfältiger Strategien.

Die aktuellen Budgetverhandlungen über den EU-Finanzrahmen haben aus österreichischer Sicht wieder einen Diskurs in den Vordergrund gerückt: Es geht um (Förder-)Geld, weniger um Inhalte. Es geht aus österreichischer Sicht um die Landwirtschaft und weniger um zukunftsfähige Themen wie Forschung und Entwicklung oder andere sektorenübergreifende Themen, die ländliche Räume betreffen. Blicken wir in das Jahr 1995 zurück. Österreich war eben der EU beigetreten, Anlass genug, um nationale Förderstrukturen anzupassen, nicht zuletzt, um aus Brüsseler Sicht förderfähig zu sein. Politik für „den“ ländlichen Raum ist keine reine Agrarpolitik, sollte die Erkenntnis bringen, sondern eine Kombination aus Wirtschafts-, Infrastruktur-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und eben

Agrarpolitik mit dem Anspruch der Diversifizierung ländlicher Räume. Wurde zwar selbst noch bei einer parlamentarischen Enquete des Bundesrates im Herbst 2012 von „dem“ ländlichen Raum gesprochen, so gab es diesen schon 1995 nicht mehr.

Ländliche Räume sind vielfältig und strukturell sehr unterschiedlich. Nehmen wir ländliche Räume in der Nähe von Städten, oder monostrukturierte ländliche Räume, zum Beispiel geprägt durch eine touristische Infrastruktur, betrachten wir ländliche Räume mit günstigen Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft oder gering verdichtete ländliche Räume mit wirtschaftlicher Entwicklungsdynamik als Beispiele für deren Vielfalt. Wenn von „dem“ ländlichen Raum gesprochen wird, liegt der



Martin Heintel ist Professor am Institut für Geographie der Universität Wien; 2012 leitete er eine Exkursion der Universität Wien zum Thema „EU-Integration und Regionalentwicklung“ am Westbalkan.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/gastkommentare

Bezug meist bei strukturschwachen ländlich peripheren Räumen. Österreich hat von allem etwas – nicht allen ländlichen Räumen geht es schlecht, nicht überall dominiert die Landwirtschaft als Kulturlandschaft. Sprechen wir über Politik für ländliche Räume, bedarf es somit unterschiedlicher Zugangsebenen und vielfältiger Strategien. Klientelpolitik und (mehr) Geld müssen nicht immer die richtigen Antworten auf vielschichtige Fragestellungen sein. Nehmen wir als Beispiel die in der vergangenen Strukturfondsperiode ehemalige Gemeinschaftsinitiative „LEADER+“. Der Anspruch, innovative Ideen in ländlichen Regionen umzusetzen, war – einfach gesagt – so erfolgreich, dass die Initiative für die Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 gemainstreamt und gänzlich in der Ländlichen Entwicklung (Förder-

schiene des Lebensministeriums) integriert wurde. Mehr an Fördermitteln war die Folge, der innovative Charakter ist heute kaum sichtbar. Die Mittel fließen verstärkt in die Asphaltierung von Forststraßen und Kräne für die Holzbringung. Geld allein schafft weder Innovation noch Diversifizierung – genauso wenig wie finanzielle Anreize zur Kooperation diese auch automatisch gelingen lassen. Allein bei diesem Beispiel ist Handlungsbedarf ab 2014 angesagt, da werden die Karten bekanntlich wieder neu gemischt. Die Aufregung um „zu wenige“ europäische Mittel für ländliche Räume Österreichs ist politisch nachvollziehbar, jedoch nicht immer angebracht, solange vielfach das Geld ein Projekt sucht und nicht umgekehrt. Innovationsbedarf ist jedenfalls vorhanden.